

Thiele, Rainer

Article — Digitized Version

Die Benachteiligung des Agrarsektors in Malaysia, Peru und Simbabwe: Ausmaß und wirtschaftspolitische Implikationen

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Thiele, Rainer (1991) : Die Benachteiligung des Agrarsektors in Malaysia, Peru und Simbabwe: Ausmaß und wirtschaftspolitische Implikationen, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 197-210

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1479>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Benachteiligung des Agrarsektors in Malaysia, Peru und Simbabwe – Ausmaß und wirtschaftspolitische Implikationen*

Von Rainer Thiele

Die Landwirtschaft spielt in vielen Entwicklungsländern eine herausragende Rolle, und zwar sowohl wegen ihres Beitrags zum Bruttoinlandsprodukt und ihres Beschäftigungspotentials als auch wegen der ausgeprägten Verbindungen, die zur übrigen Wirtschaft bestehen. Der Agrarsektor ist häufig der bedeutendste Devisenbringer, versorgt den Industriesektor mit Rohstoffen und die städtische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und dient als wichtiger Absatzmarkt für Güter und Dienstleistungen aus anderen Sektoren. Wenn Devisen und Investitionsmittel knapp sind, kommt dem Agrarsektor in Anpassungsprogrammen sogar eine entscheidende Bedeutung zu, weil er, verglichen mit anderen Wirtschaftsbereichen, relativ exportorientiert und arbeitsintensiv produziert. Im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe hängt die landwirtschaftliche Produktion oft nur in geringem Maße von importierten Vorleistungen und Investitionsgütern ab. Die Landwirtschaft kann daher in einem Prozeß der Anpassung und wirtschaftlichen Erholung die Rolle eines Vorreiters für die übrige Wirtschaft übernehmen.¹

Ungeachtet dessen führten viele Entwicklungsländer in der Vergangenheit ein komplexes Bündel von Maßnahmen ein, die sich sowohl direkt als auch indirekt zum Nachteil der Landwirtschaft auswirkten:

- In vielen Ländern hat die staatliche Agrarpolitik die realen Preise landwirtschaftlicher Güter mit Instrumenten wie Exportsteuern und administrierten Preisen unter das Niveau gedrückt, das sich bei freien Märkten ergeben hätte.
- Importbeschränkungen mit dem Ziel, heranwachsende Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes zu schützen, führten zu überhöhten realen Wechselkursen und haben sich dadurch unbeabsichtigt zu Lasten der Export- sowie der Landwirtschaft ausgewirkt.
- Unzulängliche Wechselkurs-, Geld- und Haushaltspolitiken sowie eine hohe Auslandsverschuldung haben den Preisanstieg bei nichthandelbaren Gütern beschleunigt und damit die indirekte Benachteiligung des Agrarsektors über das durch Handelsrestriktionen verursachte Ausmaß hinaus verstärkt.

Während zahlreiche empirische Studien die direkte Diskriminierung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern durch die Agrarpolitik untersucht haben,² sind die indirekten Wir-

* Dieser Beitrag berichtet über Ergebnisse des Forschungsprojekts „Diskriminierung des Agrarsektors in Entwicklungsländern? Ausmaß, Struktur und die Bedeutung der Wirtschaftspolitik“, das von der Volkswagenstiftung finanziell unterstützt wurde.

¹ Vgl. z. B. John W. Mellor, Raissudin Ahmed, „Agricultural Price Policy for Accelerating Growth“. In: John W. Mellor, Raissudin Ahmed (Eds.), *Agricultural Price Policy for Developing Countries*. Baltimore 1988, S. 265–292; Irma Adelman, Sherman Robinson, „Income Distribution and Development“. In: Hollis Chenery, T. N. Srinivasan (Eds.), *Handbook of Development Economics*, Vol. 2. Amsterdam 1989, S. 949–1003; Onsmane Badiane, „The Role of Agriculture in Economic Development“. Invited paper, AGRECONA/IAAE Inter-conference symposium, Swakopmund 23.–27. Juli 1990.

² Vgl. zum Beispiel Theodore W. Schultz, „On Economics and Politics of Agriculture“. In: Theodore W. Schultz (Ed.), *Distortions of Agricultural Incentives*. Bloomington 1978, S. 3–23.

kungen, die von der Handels- und Makropolitik ausgehen, in quantitativen Analysen weitgehend ausgeklammert worden. In jüngster Zeit wurde jedoch im Rahmen eines umfangreichen Weltbankprojekts aufgezeigt, daß die indirekten Effekte von erheblichem Umfang sind und zum Teil sogar die direkten Effekte an Bedeutung übertreffen.³ Folglich muß man beide Komponenten berücksichtigen, um die Verzerrungen im Agrarsektor richtig beurteilen zu können. Erst dann ist es möglich, Korrekturvorschläge auszuarbeiten, die zu einer Effizienzsteigerung der Landwirtschaft entsprechend ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung beitragen.

In diesem Beitrag werden exemplarisch für drei ausgewählte Entwicklungsländer – Malaysia, Peru und Simbabwe – sowohl die Behandlung der Landwirtschaft durch sektorspezifische Maßnahmen als auch die diskriminierenden Wirkungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik quantifiziert und auf dieser Basis Politikempfehlungen ausgesprochen. Zuvor wird ein kurzer Einblick in die Entwicklung des Agrarsektors der jeweiligen Länder gegeben.

Die Entwicklung der Landwirtschaft in Malaysia, Peru und Simbabwe

In allen drei Ländern ist – wie in fast allen sich entwickelnden Volkswirtschaften – der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt sowie an der Beschäftigung im Zeitablauf zurückgegangen (Tabelle 1). Dennoch ist der Agrarsektor vor allem als Arbeitgeber nach wie vor von herausragender Bedeutung.

Gemessen an den hier verwendeten Indikatoren hat die malaysische Landwirtschaft seit Mitte der sechziger Jahre die erfolgreichste Entwicklung durchlaufen: Die Agrar- und Nahrungsmittelproduktion pro Kopf ist gestiegen, die traditionell exportorientierte Landwirtschaft (hauptsächlich Kautschuk und Palmöl) hat ihre Position als Devisenbringer ausgebaut, die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten konnte erheblich reduziert werden, und die Ernährungssituation hat sich, gemessen in verfügbaren Kalorien pro Kopf, entscheidend verbessert.

Ein konträres Bild bietet Peru: Nahezu stagnierende Produktionsziffern haben einen Rückgang der pro Kopf hergestellten Menge an Nahrungsmitteln bewirkt; sinkende Agrarexporterlöse und steigende Ausgaben für Nahrungsmittelimporte haben die Handelsbilanz des Agrarsektors von einer Überschussposition in ein Defizit getrieben, und die Kalorienversorgung hat sich trotz wachsender Agrarimporte verschlechtert.

Auch in Simbabwe ist das Wachstum der Agrar- und Nahrungsmittelproduktion im Durchschnitt etwas geringer als das (sehr hohe) Bevölkerungswachstum ausgefallen. Das liegt zum Teil daran, daß das Land in den achtziger Jahren mehrere Dürreperioden (1982–1984 und 1987) erlebte. Die Außenhandelsposition der Landwirtschaft ist durch wachsende Handelsbilanzüberschüsse und einen sehr niedrigen Anteil der Agrarimporte an den Gesamtimporten gekennzeichnet. Letzteres deutet auf einen hohen Selbstversorgungsgrad Simbawwes hin. Die Ernährungslage des Landes hat sich zwischen 1965 und 1985 geringfügig verbessert.

³ Vgl. Anne O. Krueger, Maurice W. Schiff, Alberto Valdès, „Agricultural Incentives in Developing Countries: Measuring the Effect of Sectoral and Economywide Policies“. World Bank, Economic Review. Vol. 2, 1988, S. 255–271 und Anne O. Krueger, „Some Preliminary Findings from the World Bank's Project on the Political Economy of Agricultural Pricing“. Plenary Paper, XX International Conference of Agricultural Economists, Buenos Aires, 24.–31. August 1988.

Tabelle 1 – Indikatoren zur Entwicklung des Agrar- und Ernährungssektors in Malaysia, Peru und Simbabwe 1965–1988

	Malaysia	Peru	Simbabwe
Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt (vH)			
1965	28	18	18
1988	19	12	11
Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung (vH)			
1970	54	47	77
1987	32	36	70
Durchschnittliches jährliches Wachstum der Agrarproduktion (vH)			
1965–1987	3,1	1,3	2,0
Durchschnittliches jährliches Wachstum der Nahrungsmittelproduktion (vH)			
1965–1987	3,4	1,6	2,4
Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (vH)			
1965–1987	2,5	2,6	3,3
Devisenbeitrag des Agrarsektors (Export Erlöse abzüglich Importausgaben, Mill. US-\$)			
1965/1967	+285,5	+229,5	+87,6 ¹
1986/1988	+2654,2	-303,8	+512,4
Anteil der Agrarimporte an den Gesamtimporten (vH)			
1965/1967	29,7	17,0	10,0 ¹
1986/1988	11,4	19,2	3,9
Verfügbarkeit an Kalorien, pro Kopf und Tag			
1965	2247	2325	2105
1985	2730	2246	2132

¹ 1970/72.

Quelle: FAO, Rom: Production Yearbook. Versch. Jgg.; Trade Yearbook. Versch. Jgg. – World Bank, World Development Report 1990. Washington 1990. – Eigene Berechnungen.

Die zusammengestellten Indikatoren bilden den Hintergrund für die nun folgende quantitative Erfassung der Diskriminierung des Agrarsektors in den betreffenden Ländern. Dabei werden nacheinander die Auswirkungen agrarpolitischer Maßnahmen und der allgemeinen Wirtschaftspolitik beleuchtet.

Die sektorspezifischen Wirkungen der Agrarpreispolitik

Staatliche Eingriffe in die Preisbildung auf Agrarmärkten sind in Entwicklungs- und Industrieländern gleichermaßen üblich und werden mit zahlreichen Argumenten, wie z. B. die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und die Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugereinkommen, gerechtfertigt. Das am häufigsten zur Messung solcher Preisverzerrungen verwendete Instrument ist die Nominale Protektionsrate (NPR). Sie bringt zum Ausdruck, wie stark die heimischen Produzentenpreise aufgrund politischer Interventio-

nen von den Weltmarktpreisen abweichen.⁴ Um Vergleichbarkeit herzustellen, sollten beide Preise an der gleichen Stelle des Vermarktungsweges (z. B. auf Betriebsebene oder an der Grenze) gemessen werden, d. h., es ist eine Korrektur um eventuell anfallende Transport-, Verarbeitungs- und Vertriebskosten notwendig.⁵ Eine positive (negative) NPR impliziert, daß der heimische Preis über (unter) dem Weltmarktpreis liegt und somit die inländischen Produzenten gegenüber der ausländischen Konkurrenz geschützt (diskriminiert) werden.

Tabelle 2 zeigt die durchschnittliche nominale Protektion wichtiger Agrargüter der ausgewählten Länder über einen längeren Zeitraum. Bei der Interpretation der Ergebnisse empfiehlt sich eine Unterscheidung zwischen Nahrungsgütern (food crops) und Agrarexportgütern (export crops). Empirische Untersuchungen haben ergeben, daß erstere teilweise diskriminiert werden, um eine preiswerte Ernährung der städtischen Bevölkerung zu gewährleisten, aber auch teilweise subventioniert werden, weil ein hoher Selbstversorgungsgrad an Nahrungsmitteln angestrebt wird, während letztere in Entwicklungsländern in aller Regel als Steuerquelle dienen.⁶ In Malaysia sind die beiden führenden landwirtschaftlichen Devisenbringer, Kautschuk und Palmöl, im Durchschnitt seit 1965 leicht diskriminiert worden. Zum einen wird auf beide Produkte eine Exportsteuer erhoben, die Preisschwankungen glätten soll und deren Einnahmen in den allgemeinen Haushalt eingehen. Darüber hinaus werden die Produzenten mit einer Abgabe belastet, die für die Kautschuk- bzw. Palmölforschung verwendet wird. Die Kautschukerzeuger müssen zusätzlich noch eine Wiederbepflanzungsabgabe entrichten. Beide Abgaben stellen jedoch keine eigentliche Diskriminierung dar, da sie in Form öffentlicher Ausgaben in die jeweiligen Sektoren zurückfließen.⁷ Bei Kakao, einem weiteren bedeutenden Agrarexportgut, sind staatliche Eingriffe im gesamten Berichtszeitraum ausgeblieben. Demgegenüber hat Reis, das malaysische Hauptnahrungsmittel, eine erhebliche Protektion erfahren, die in den achtziger Jahren mit Raten von über 100 vH noch gestiegen ist. Der Schutz der Reisbauern erfolgt über einen staatlich garantierten Mindestpreis, der zumeist erheblich über dem Weltmarktpreis liegt. Zweck dieser Maßnahme ist die Sicherung der Versorgung und die Stützung der Einkommen im Reissektor.

Peru erweist sich als ein Land, das seine Agrarexportprodukte (Baumwolle und Kaffee) seit Anfang der sechziger Jahre (mit Beginn der Importsubstitutionspolitik, die später besprochen wird) systematisch besteuert hat. Die Produzentenpreise orientieren sich zwar grundsätzlich an den Weltmarktpreisen, jedoch treiben hohe Exportzölle einen Keil zwischen beide. Die mit Importen konkurrierenden peruanischen Nahrungsgüter sind in ein Regulierungssystem mit Garantie- und Stützpreisen eingebunden. Dadurch soll verhindert werden, daß niedrige Verbraucherpreise für Nahrungsmittel sich auf die Erzeugerpreise

⁴ Definiert ist die NPR als Differenz zwischen heimischem Preis und Weltmarktpreis in vH des Weltmarktpreises, wobei letzterer die Opportunitätskosten der heimischen Produzenten markiert. Die Interpretation des Weltmarktpreises als Preis in der Freihandelsituation ist hingegen problematisch, da häufig hochsubventionierte Produzenten in Industrieländern ein Überangebot auf den Agrarmärkten herbeiführen und in der Folge die Weltmarktpreise sinken.

⁵ Vgl. M. J. Westlake, „The Measurement of Agricultural Price Distortion in Developing Countries“. *The Journal of Development Studies*, Vol. 23, 1987, S. 367–381.

⁶ Vgl. Krueger et al., a. a. O., S. 267.

⁷ Die Agrarpreispolitik Malaysias wird ausführlich beschrieben in Glenn P. Jenkins, Andrew Lai, „Trade, Exchange Rate, and Agricultural Pricing Policies in Malaysia“. In: World Bank, *Comparative Studies*, Washington 1989.

Tabelle 2 – Durchschnittliche nominale und effektive Protektionsraten für wichtige Agrargüter Malaysias, Perus und Simbabwes 1963–1989 (vH)

	Protektionsrate	
	Nominal	Effektiv
Malaysia (1965–1988)		
Reis	+60	+75
Kautschuk		
kleinbäuerliche Betriebe	-17	-18
Plantagen	-14	-16
Palmöl	-10	-12
Kakao		
kleinbäuerliche Betriebe	0	0
Plantagen	0	-3
Peru (1963–1985) ¹		
Kartoffeln	+28
Mais	+4	.
Reis	-46	-2
Weizen	+26	+55
Baumwolle	-71	-84
Kaffee	-56	-74
Simbabwe (1972–1989) ²		
Weizen	+8	+6
Baumwolle	-7	-12
Mais	+6	+4
Erdnüsse	-18	-26
Sojabohnen	-13	-20
Rindfleisch	+79	+96
Sorghum (weiß)	+58	+69
Sorghum (rot)	+83	+100

¹ Effektive Protektionsraten für Peru nur für 1987. – ² Die angegebenen effektiven Protektionsraten beziehen sich auf kommunale Farmbetriebe. Die entsprechenden Raten für kommerzielle Farmer liegen im Durchschnitt etwas höher.

Quelle: Abdul A. A. Rahman, „Magnitude and Structure of Agricultural Price Protection in Malaysia“. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 455, November 1990. – Andrew Rukovo, Tobias Takavarasha, Rainer Thiele, Manfred Wiebelt, „The Profile of Agricultural Protection in Simbabwe“. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 457, Januar 1991. – Roland Herrmann, „Wirkungen nationaler Agrarpolitiken auf den Agrarhandel der Entwicklungsländer und Möglichkeiten der Handelsliberalisierung“. In: Hermann Sautter (Hrsg.), Konsequenzen neuerer handelspolitischer Entwicklungen für die Entwicklungsländer. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 197, Berlin 1990, S. 105. – World Bank, Peru: Policies to Stop Hyperinflation and Initiate Economic Recovery. Washington 1989, S. 91.

auswirken.⁸ Insgesamt ergibt sich hier kein eindeutiges Bild: Mais ist im Durchschnitt von der Agrarpolitik weitgehend neutral behandelt worden, während die Reisproduzenten besteuert und die Weizenproduzenten subventioniert worden sind. Dennoch kann man aus der Struktur der Protektion in Peru – wie auch in Malaysia – den Schluß ziehen, daß innerhalb des Agrarsektors eine signifikante Diskriminierung der Exporte gegenüber den Nahrungsmitteln stattgefunden hat.

⁸ Vgl. Roland Herrmann, „Wirkungen nationaler Agrarpolitiken auf den Agrarhandel der Entwicklungsländer und Möglichkeiten der Handelsliberalisierung“. In: Hermann Sautter (Hrsg.), Konsequenzen neuerer handelspolitischer Entwicklungen für die Entwicklungsländer. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 197, Berlin 1990, S. 103.

Diese Aussage ist für Simbabwe allerdings nicht zutreffend. Weizen, das einzige bedeutende Agrarimportgut des Landes, liegt in der Mitte des breiten Protektionsspektrums. Unter den Produkten, bei denen Simbabwe Nettoexporteur ist, finden sich solche mit sehr hohem Schutz vor Auslandskonkurrenz (Rindfleisch, Sorghum) und andere, die im Durchschnitt leicht diskriminiert worden sind (Baumwolle, Erdnüsse, Sojabohnen). Die Produzentenpreise – wie auch die größtenteils subventionierten Konsumentenpreise – werden von staatlichen Behörden festgesetzt, in deren Händen die Vermarktung und Verteilung aller landwirtschaftlichen Güter Simbawwes liegt.⁹ Insgesamt ist der Agrarsektor des Landes in den letzten zwei Jahrzehnten durch preispolitische Maßnahmen tendenziell begünstigt worden, was im Gegensatz zur empirischen Evidenz für viele Entwicklungsländer – insbesondere in Afrika – steht.

Neben der Abkoppelung der heimischen Preise vom Weltmarktniveau können auch staatliche Eingriffe auf der Inputseite zu verzerrten Anreizwirkungen führen. Sobald Vorleistungen bei der Produktion eines Gutes eine erhebliche Rolle spielen, ist die Effektive Protektionsrate (EPR)¹⁰ das adäquate Protektionsmaß, da sie die Auswirkungen von Politikmaßnahmen auf die Faktorkosten berücksichtigt. Dementsprechend werden bei der Messung der effektiven Protektion die Wertschöpfungen eines Sektors – anstelle der Preise – in den Situationen mit und ohne verzerrende Eingriffe gegenübergestellt. Die ERP sagt aus, wie hoch die Entstehungskosten der Produktion im Inland im Vergleich zu denjenigen im Ausland sein können. Ein Schutz der heimischen Produktion gegenüber ausländischer Konkurrenz wird durch eine positive, eine Diskriminierung durch eine negative ERP angezeigt.

Die für die Agrargüter Malaysias, Perus und Simbawwes ausgewiesenen effektiven Protektionsraten weichen in der Struktur nicht von den vorher diskutierten nominalen Raten ab (Tabelle 2).¹¹ Nur in der absoluten Höhe ergeben sich einige Unterschiede: Die malaysischen Reisbauern haben z. B. zusätzlich zu den preislichen Anreizen auch signifikante Inputsubventionen in Form verbilligter Düngemittel und staatlicher Drainage- und Bewässerungsprojekte erhalten. Der Reisanbau in Peru hat ebenfalls von umfangreichen Bewässerungsprojekten profitiert.

An den oben getroffenen generellen Aussagen über die Wirkungen der Agrarpolitik in den drei betrachteten Ländern ändert die Berücksichtigung der Verzerrungen auf der Inputseite nichts. Es bleibt zu fragen, ob die indirekten Effekte, die von der allgemeinen Wirtschaftspolitik ausgehen, die Anreizstrukturen in der Landwirtschaft verändern.

Sektorübergreifende Wirkungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik

Im Mittelpunkt der makroökonomischen Planung vieler Entwicklungsländer steht die Förderung des heimischen Gewerbes durch die Errichtung von Importbarrieren. Ein

⁹ Vgl. Andrew Rukovo, Tobias Takavarasha, Rainer Thiele, Manfred Wiebelt, *The Profile of Agricultural Protection in Zimbabwe*. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 457, Januar 1991.

¹⁰ Das Konzept der effektiven Protektion – wie auch das der nominalen Protektion – diskutieren Bela Balassa et al., „*The Structure of Protection in Developing Countries*“. Baltimore, London 1971. Eine Anwendung auf Agrargüter findet sich z. B. in Carl Gotsch, Gilbert Brown, „*Prices, Taxes and Subsidies in Pakistan Agriculture, 1960–1976*“. World Bank, Staff Working Paper, 387, Washington 1980.

¹¹ Auch das oben zitierte Weltbankprojekt kam in einer Reihe von Länderstudien zu dem Ergebnis, daß Inputsubventionen bei Agrargütern in der Regel recht unbedeutend sind und somit die nominale und effektive Protektion nahe beieinander liegen. Vgl. Krueger, a. a. O., S. 7.

derartiges Vorgehen wird damit begründet, daß nur ein starker industrieller Sektor langfristiges gesamtwirtschaftliches Wachstum sichern könne, da er dynamischer als der Agrarsektor sei. Die Frage, über welche Kanäle und wie stark solche Strategien den Agrarsektor beeinflussen, soll zunächst mit Hilfe eines einfachen allgemeinen Gleichgewichtsmodells diskutiert werden.¹² Danach werden zusätzlich die Auswirkungen der makroökonomischen Globalsteuerung durch Wechselkurs-, Geld- und Haushaltspolitik auf die Landwirtschaft in einem umfassenderen Konzept berücksichtigt.

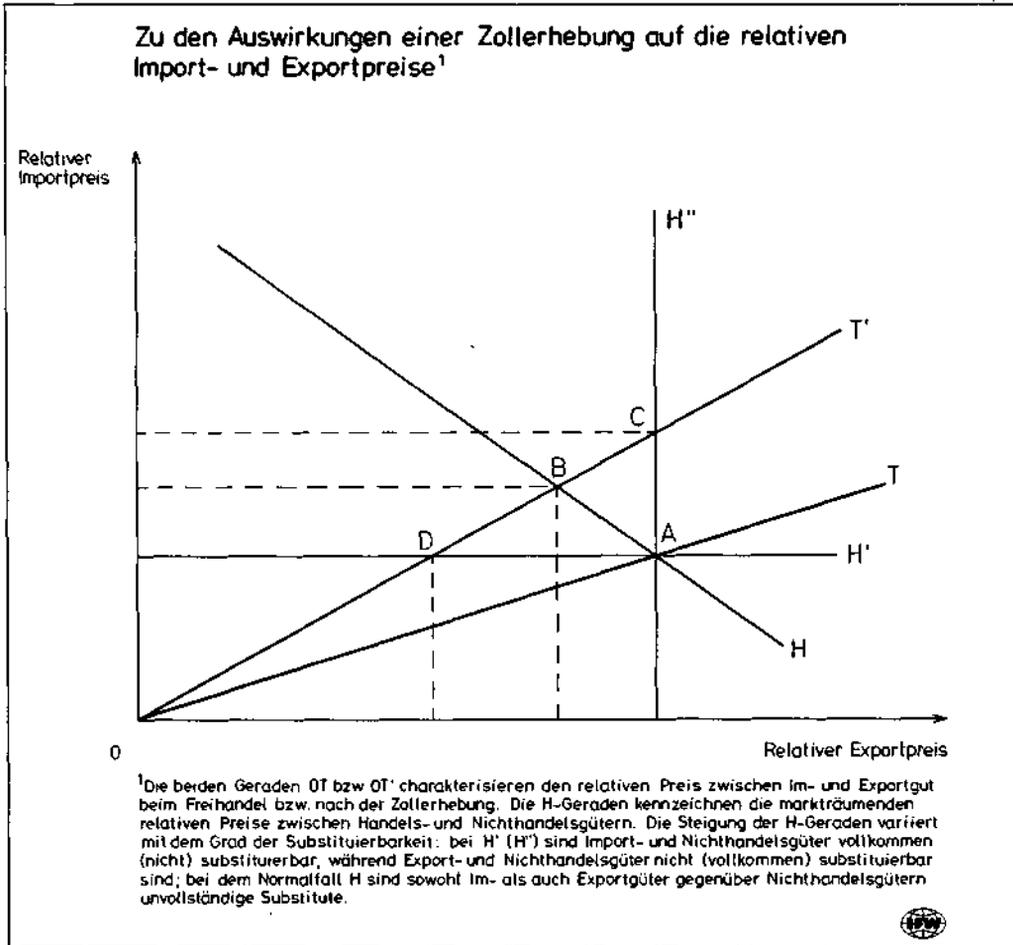
Verzerrungen durch die Handelspolitik

Das Modell geht von einem Land aus, in dem ein Exportgut, ein Importgut und ein Nichthandelsgut produziert und konsumiert werden. Das betrachtete Land sei eine kleine offene Volkswirtschaft, d. h., die Inlandspreise beider Handelsgüter werden von den Weltmarktpreisen bestimmt, während der Preis des Nichthandelsguts durch Angebot und Nachfrage im Inland determiniert ist. Falls handelbare und nichthandelbare Güter untereinander substituierbar sind, verändern handelspolitische Maßnahmen – z. B. die Erhebung eines Importzolls – die relativen Preise zwischen beiden und folglich auch die Realeinkommen der Sektoren. Diese sogenannte Inzidenz der Protektion läßt sich anhand einer Graphik verdeutlichen (Schaubild 1). Für den Fall, daß sowohl Import- als auch Exportgüter gegenüber Nichthandelsgütern unvollständige Substitute sind, werde die Einführung eines Importzolls angenommen. Ausgehend vom ursprünglichen Gleichgewicht in A erhöht sich unmittelbar der relative Inlandspreis des Importguts zum Nichthandelsgut und zum Exportgut. Es wird der Punkt C erreicht, der jedoch kein neues Gleichgewicht repräsentiert. Denn zum einen entstehen durch die Veränderung der relativen Preise Anreize zur Produktion des Importsubstituts, wodurch Ressourcen aus den übrigen Sektoren abgezogen werden. Zum anderen ersetzen die Konsumenten teurer gewordene Importgüter durch Nichthandels- und Exportgüter. Infolge dieser Substitutionsprozesse bildet sich ein Nachfrageüberschuß im Nichthandelssektor, der einen Preisanstieg nach sich zieht, bis schließlich im Punkt B ein neues langfristiges Gleichgewicht erreicht ist. Gegenüber der Ausgangssituation ist der Inlandspreis des Importguts relativ zum Preis des Exportguts um den Betrag des Zolls angestiegen, da eine kleine Volkswirtschaft seine Terms of trade nicht beeinflussen kann. Er ist ebenfalls gegenüber dem Preis des Nichthandelsguts gestiegen, jedoch nicht im gesamten Ausmaß des Zolls, da das Nichthandelsgut auch teurer geworden ist. Der Inlandspreis des Exportguts ist schließlich relativ zu beiden anderen Preisen gefallen. Das Fazit der Inzidenzanalyse lautet somit: Die Erhebung eines Importzolls kommt teilweise den Produzenten des Importsubstituts zugute, die Preiserhöhungsspielräume erlangen und zusätzliche Faktoren attrahieren können, während der Rest den Exporteuren als implizite Steuer auferlegt wird.

In den beiden Spezialfällen ergibt sich eine etwas andere Situation. Bei voller Substituierbarkeit von Import- und Nichthandelsgütern können deren Preise nicht voneinander abweichen (Gesetz von der Unterschiedslosigkeit der Preise). Folglich genießt der Importsektor keinen effektiven Schutz, während die Exporteure die gesamte Last tragen müssen (Punkt D). Bestehen hingegen keine Substitutionsmöglichkeiten zwischen Import- und Nichthandelsgut, so bleibt der Preis des letzteren unverändert und der Importsektor erhält Protektion in voller Höhe des Zolls. In diesem Fall werden der Nichthandels- und der Exportsektor zu gleichen Teilen diskriminiert (Punkt C).

¹² Das Modell geht zurück auf Rudiger Dornbusch, „Tariffs and Non-traded goods“. Journal of International Economics, Vol. 4, 1974, S. 177–185.

Schaubild 1



Theoretisch ist für unterschiedliche Substitutionsbeziehungen jeder Punkt zwischen C und D realisierbar. Es ist Aufgabe der empirischen Analyse zu testen, welche Inzidenz der Protektion sich im konkreten Anwendungsfall ergibt. Zu diesem Zweck wird eine lineare Regressionsgleichung in Logarithmen formuliert, deren Schätzparameter als Elastizität des relativen Preises zwischen Nichthandelsgut und Exportgut bezüglich des relativen Preises zwischen Import- und Exportgut zu interpretieren ist.¹³ Je höher die Elastizität ist, desto stärker wird die importkonkurrierende Produktion durch Importbarrieren geschützt und desto mehr geschieht dies zu Lasten der Exporteure. Die geschätzte Elastizität wird als „Inzidenzparameter“ bezeichnet und liegt zwischen 0 und 1. Die Extremwerte 0 und 1 entsprechen den Punkten C und D in Schaubild 1. Es ist möglich, die Schätzgleichung so zu disaggregieren, daß die Inzidenz auch für individuelle Agrarexportprodukte ermittelt werden kann.¹⁴

¹³ Vgl. Larry Sjaastad, „Commercial Policy, 'True' Tariffs and Relative Prices“. In: John Black, Brian Hindley (Eds.), *Current Issues in Commercial Policy and Diplomacy*. Papers of the Third Annual Conference of the International Economics Study Group. London 1980, S. 26–51.

¹⁴ Vgl. Jorge G. García, „The Effects of Exchange Rates and Commercial Policy on Agricultural Incentives in Colombia: 1953–1978“. International Food Policy Research Institute, Report 24., Washington, 1981.

Tabelle 3 – Schätzungen der Inzidenz der Importprotektion für die Exporte insgesamt und der Exporte einzelner Agrargüter Malaysias, Perus und Simbabwe¹ 1960–1987

	Malaysia	Peru	Simbabwe
	1960–1985	1970–1985	1966–1987
Exporte insgesamt	0,78	0,84	0,75
Agrarexporte insgesamt	0,64
Kautschuk	0,74	–	–
Palmöl	–	0,95	–
Kakao	0,88	–	–
Baumwolle	–	0,87	0,64
Kaffee	–	0,88	0,75
Mais	–	–	0,67
Rindfleisch	–	–	0,38

¹ Die angegebenen Parameter sind ungewichtete Durchschnitte der Ergebnisse unterschiedlicher Modellspezifikationen.

Quelle: Manfred Wiebelt, *The Shifting of Protection in Developing Countries: A Comparative Analysis for Simbabwe, Malaysia and Peru*. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 441, September 1990. – Roland Herrmann, Nasarudin Sulaiman, Manfred Wiebelt, „How Non-Agricultural Import Protection Taxes Agricultural Exports: A 'True Protection' Analysis for Peru and Malaysia“. *Quarterly Journal of International Agriculture*. Vol. 29, 1990, Nr. 1, S. 38–60.

Sieht man einmal von einer Ausnahme – Rindfleisch in Simbabwe – ab, so ergab die Schätzung der Inzidenzparameter durchweg hohe Werte (Tabelle 3). Offensichtlich sind in allen drei Ländern Import- und Nichthandelsgüter ziemlich enge Substitute in Konsum und Produktion, während die Substitutionsbeziehungen zwischen Export- und Nichthandelsgütern nur schwach ausgeprägt sind. Mit anderen Worten: Eine Importrestriktion hat nicht primär eine tatsächliche Protektion der importkonkurrierenden Industrie in dem Sinne zur Folge, daß Faktoren aus dem Nichthandelssektor abgezogen werden können, sondern trifft in erster Linie den Exportsektor in Form einer impliziten Besteuerung. Beispielsweise würde die Erhebung eines Importzolls in Höhe von 1 vH den relativen Preis der Gesamtexporte zu den Nichthandelsgütern in Simbabwe um 0,75 vH und in Peru gar um 0,84 vH senken.

Die Kenntnis der Inzidenzparameter ermöglicht noch keine Aussage über das Ausmaß der Besteuerung der Agrarexporte. Dafür sind zusätzliche Informationen über das nominale Protektionsniveau des Gewerbes sowie der individuellen Agrarprodukte notwendig. Auf der Basis dieser drei Komponenten lassen sich tatsächliche Protektionsraten errechnen, die die Protektion der heimischen Industrie und der Agrarexporte – jeweils relativ zum Nichthandelssektor – messen.¹⁵

Wie Tabelle 4 zeigt, wies Peru 1985 bei weitem den höchsten Importschutz im Verarbeitenden Gewerbe auf, was auf die in den achtziger Jahren andauernde Importsubstitutionspolitik des Landes hindeutet. Die geringe tatsächliche Protektion ist dahingehend zu

¹⁵ Die Berechnung tatsächlicher Protektionsraten wird demonstriert in David Greenaway, Chris Milner, „'True Protection' Concepts and Their Role in Evaluating Trade Policies in LDCs“. *The Journal of Development Studies*, Vol. 23, 1987, S. 200–219.

Tabelle 4 – Schätzungen der tatsächlichen Protektion für das Verarbeitende Gewerbe und den Agrarexportsektor Malaysias, Perus und Simbabwe 1980–1987 (vH)

	Malaysia	Peru	Simbabwe
	1980–1985	1980–1985	1981/1982– 1986/1987
Nominale Protektion im produzierenden Gewerbe ¹ .	17	71	28
Inzidenzparameter	0,78	0,84	0,75
Tatsächliche Protektion im produzierenden Gewerbe .	3,5	7	6
Nominaler Protektion im Agrarsektor			
Kautschuk			
kleinbäuerliche Betriebe	-16	.	.
Plantagen	-15	.	.
Palmöl	-9	.	.
Kakao	0	.	.
Baumwolle	-77	-2
Kaffee	-60	.
Mais	46
Rindfleisch	108
Tatsächliche Protektion im Agrarsektor ²			
Kautschuk			
bäuerliche Betriebe	-25	.	.
Plantagen	-24	.	.
Palmöl	-21	.	.
Kakao	-13	.	.
Baumwolle	-86	-17	.
Kaffee	-75	.
Mais	21
Rindfleisch	86

¹ Berücksichtigt wurden neben Zöllen auch sonstige (zollähnliche) Importabgaben; ungewichteter Durchschnitt für das gesamte produzierende Gewerbe im Jahre 1985. – ² Berechnet unter Zugrundelegung der in Tabelle 3 ausgewiesenen Inzidenzparameter.

Quelle: Refik Erzan, Hiroaki Kuwahara, Serafino Marchese, Rene Vossenaar, „The Profile of Protection in Developing Countries“. UNCTAD Review, Vol. 1. Genf 1989, Nr. 1, S. 49. – Wiebelt, a.a.O. – Eigene Berechnungen.

interpretieren, daß die Importrestriktionen zwar die Auslandskonkurrenz abgehalten haben, nicht jedoch die nötigen Anreize zur erwünschten Reallokation der Faktoren geliefert haben. Ähnlich niedrige tatsächliche Protektionsraten ergaben sich auch für Malaysia und Simbabwe, mit dem Unterschied, daß in diesen Ländern das nominale Protektionsniveau im Gewerbe erheblich niedriger lag. Aus den Ergebnissen läßt sich folgern, daß Importrestriktionen wegen der engen Substituierbarkeit zwischen Import- und Nichthandelsgütern ihr eigentliches Ziel, die Förderung der importkonkurrierenden Industrie, nur im Ansatz erreichen und vor allem einen Anstieg der Preise für Nichthandelsgüter bewirken, wodurch wiederum die Exporteure, deren Preise vom Weltmarkt bestimmt sind, diskriminiert werden. Ein Vergleich der nominalen und tatsächlichen Protektionsraten verschiedener Agrarexportgüter zeigt, daß die Berücksichtigung indirekter Wirkungen zwar keine generelle Umkehrung der Anreizstrukturen ergab, sich jedoch merkliche Veränderungen in der Größenordnung der Protektion einstellten. In Peru z. B. wurde die tatsächliche Diskriminierung der Agrarexporte durch die schon enorm hohe nominale Belastung noch

erheblich unterschätzt. Bei zwei Produkten, Kakao in Malaysia und Baumwolle in Simbabwe, konterkarierte die implizite Besteuerung durch die Protektion des Gewerbes die neutrale Behandlung durch die Agrarpolitik. Diese beiden Fälle machen deutlich, wie wichtig es ist, direkte und indirekte Effekte zu berücksichtigen, um Inkonsistenzen in der Agrarplanung zu vermeiden.

Verzerrungen durch gesamtwirtschaftliche Politik: das Beispiel Malaysia

Die durch Außenhandelspolitik verursachten Verzerrungen zu Lasten der Landwirtschaft werden oftmals in Entwicklungsländern durch expansive Geld- und Fiskalpolitik, übermäßige Auslandsverschuldung und temporäre Exportbooms in Verbindung mit inflexiblen Wechselkursregimen verschlimmert. Wenn die heimische Inflation zunimmt, wird häufig eine Anpassung der nominalen Wechselkurse an die Differenz zwischen heimischer und internationaler Inflation verhindert. Statt dessen werden Devisen- und Handelskontrollen eingeführt, um die Zahlungsbilanzentwicklung zu steuern. In der Folge kommt es zu einer realen Aufwertung der heimischen Währung.

In Malaysia setzte die erhebliche Rohstoffverteuerung in den siebziger Jahren Kräfte in Gang, die in den frühen achtziger Jahren zu einer beträchtlichen realen Aufwertung des Ringgit gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner führten. Höhere verfügbare Einkommen, die durch den Preisboom bei Rohöl und anderen Rohstoffen erzielt wurden, ließen die Nachfrage nach heimischen Gütern kräftig steigen. Außerdem führte die Zunahme der Devisenbestände, die nicht durch höhere Importe oder durch Stilllegung der Devisen absorbiert wurden, zu einer beschleunigten Kreditexpansion, höherer Inflation und damit einer realen Aufwertung des Ringgit. Die Aussichten auf beträchtliche Öleinnahmen und der Wunsch, sich von den Wirkungen der Weltrezession abzukoppeln, ermutigte darüber hinaus die Behörden, den Aufbau einer staatlichen Schwerindustrie zu beginnen. 1986 produzierte der staatliche Unternehmenssektor rund ein Viertel der Bruttowertschöpfung, einer der höchsten Anteile unter den nichtsozialistischen Ländern. Die staatlichen Ausgaben führten zu großen Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten, die vorwiegend durch Auslandskredite finanziert wurden,¹⁶ so daß sich die reale Aufwertung fortsetzte.

Die reale Überbewertung einer Währung hat bedeutsame Folgen für die Erzeuger landwirtschaftlicher Güter. Sie senkt die Erträge für Agrarausfuhren und verbilligt Agrarimporte, insbesondere Nahrungsmittel, gegenüber heimischen Substituten. Darüber hinaus erhöht sich bei expansiver Fiskalpolitik und zunehmender Auslandsverschuldung das Niveau der Protektion der heimischen Industrie gegenüber der Landwirtschaft, und zwar aus zwei Gründen: Erstens werden bei sich verschlechternder außenwirtschaftlicher Situation oftmals Handelskontrollen für Industriegüter eingeführt oder verschärft. Zweitens wird für Güter, die Quotierungen oder anderen nichttarifären Handelshemmnissen unterliegen, das Ausmaß, in dem die inländischen Preise die Weltmarktpreise überschreiten, stark durch fiskalische Maßnahmen beeinflusst. Der Nachfrageanstieg für Güter, die Importrestriktionen unterliegen, wird sich primär in deren Preisen niederschlagen, insbesondere dort, wo das heimische Angebot unelastisch ist. All diese Wirkungen spiegeln sich in niedrigen relativen Preisen für den ungeschützten Agrarsektor wider. Wie stark die kombinierten Effekte verzerrender Handels- und Makropolitik die Landwirtschaft Malaysias beeinträch-

¹⁶ Bis Ende 1986 stieg die Auslandsverschuldung Malaysias auf 22 Mrd. US-\$ oder 84 vH des Bruttosozialprodukts, was beträchtlich über den Werten jener Entwicklungsländer liegt, die in jüngster Zeit Schuldendienstprobleme haben. Vgl. Janos S o m o g y i, „Malysias erfolgreiche Reformen“. Finanzierung und Entwicklung, Vol. 28, Nr. 1, Hamburg 1991, S. 35–38.

Tabelle 5 – Direkte, indirekte und gesamte nominale Protektion wichtiger Agrargüter Malaysias, 1981–1988 (vH)

Produkt	Nominale Protektionsrate					
	1981–1984			1985–1988		
	direkt	indirekt	insgesamt	direkt	indirekt	insgesamt
Kautschuk						
kleinbäuerliche Betriebe	-12	-11	-23	-9	-4	-13
Plantagen	-11	-11	-22	-9	-4	-13
Palmöl	-6	-11	-17	-12	-4	-16
Kakao						
kleinbäuerliche Betriebe	0	-11	-11	0	-4	-4
Plantagen	0	-11	-11	-0	-4	-4
Reis	101	-11	90	188	-4	184

Quelle: Rahman, a.a.O.

tigt haben, wird aus den in Tabelle 5 ausgewiesenen nominalen Protektionsraten deutlich. Diese messen – anders als die bekannten Protektionsraten – nicht den Außenschutz, sondern den „Binnenschutz“ der betreffenden landwirtschaftlichen Güter gegenüber nicht-landwirtschaftlichen Gütern. Die Protektionsrate ist definiert als die Differenz zwischen tatsächlichem und interventionsfreiem relativen Preis von Agrar- zu Nichtagrargütern bezogen auf das interventionsfreie Preisverhältnis. Eine nominale Protektionsrate von -50 vH für die gesamte Landwirtschaft besagt, daß der relative Preis landwirtschaftlicher Güter nur halb so hoch ist, wie er in der Freihandelsituation wäre. Das gesamte Ausmaß der Protektion oder Diskriminierung setzt sich zusammen aus den Preiseffekten von direkt agrarbezogenen Maßnahmen einerseits und den Preis- und Wechselkurseffekten der nicht-agrarbezogenen Handelspolitik und der gesamtwirtschaftlichen Politik andererseits.

Vergleicht man die Ergebnisse für die beiden Perioden 1981–1984 und 1985–1988, so zeigt sich, daß Anfang der achtziger Jahre, als die malaysische Ökonomie sich in einer Krise mit starken gesamtwirtschaftlichen Verzerrungen befand, die indirekten Wirkungen durch die Handels- und Makropolitik erheblich zur Besteuerung der Agrarexporte beitrugen und teilweise die direkten Effekte an Bedeutung übertrafen. Nur für Reis traf dies aufgrund der enorm hohen direkten Subventionierung nicht zu. Mit Beginn der Strukturanpassung im Jahre 1985 reduzierten sich die negativen Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik auf die Landwirtschaft, und damit ging auch die gesamte Diskriminierung der Exportprodukte merklich zurück.

Ergebnisse anderer Studien

Andere Untersuchungen zur tatsächlichen Protektion kommen zu Ergebnissen, die in die gleiche Richtung wie die hier vorgestellten Ergebnisse gehen. Sie zeigen für verschiedene Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika hohe Inzidenzparameter, die fast durchweg einen Wert von 0,5 überschreiten, und belegen damit, daß Exporteure und Produzenten ungeschützter Importsubstitute einen Großteil der Kosten von Industrialisierungsprogrammen in Form verdeckter Steuern getragen haben.¹⁷

¹⁷ Vgl. z. B. Kenneth W. Clements, Larry A. Sjaastad, „How Protection Taxes Exporters“. Trade Policy Research Centre, Thames Essay 40, London 1985, S. 26.

Die oben erwähnte Querschnittsstudie der Weltbank untersuchte die Wirkungen handelspolitischer und makroökonomischer Maßnahmen auf die Agrarsektoren in 18 Entwicklungsländern. Sie zeigt, daß die indirekte Belastung der Landwirtschaft hoch und im Durchschnitt aller Länder stärker ist als der Effekt, der durch direkt agrarbezogene Maßnahmen zustandekommt. So verstärken indirekte Wirkungen die nominale Diskriminierung bei Agrarexporten um das Dreifache auf nahezu 40 vH. Bei landwirtschaftlichen Importsubstituten, insbesondere Nahrungsmitteln, reicht der Außenschutz nicht aus, um die indirekte Besteuerung zu kompensieren. Letztendlich werden sowohl die Exporteure als auch die Produzenten von Nahrungsmitteln durch das Interventionssystem benachteiligt. Dabei ist die Diskriminierung vor allem in jenen Ländern besonders ausgeprägt, wo über viele Jahre hinweg eine Anpassung der nominalen Wechselkurse an die Differenz zwischen heimischer und internationaler Inflation verhindert wurde.

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Die Analyse der Agrarpreispolitik Malaysias, Perus und Simbabwe hat gezeigt, daß die Agrarsektoren nicht generell besteuert werden. Vielmehr offenbaren sich Unterschiede sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen Produkten und Produktgruppen innerhalb der Länder. In Simbabwe weichen die Protektionsraten für einzelne landwirtschaftliche Güter erheblich voneinander ab. Insgesamt ist der Agrarsektor des Landes – auch unter Einbeziehung indirekter Wirkungen – in den letzten zwei Jahrzehnten tendenziell begünstigt worden. Malaysia und Peru weisen gemeinsam eine relative Diskriminierung der „export crops“ gegenüber den „food crops“ auf. Bei Betrachtung der absoluten Zahlen treten jedoch beträchtliche Unterschiede zwischen beiden Ländern zutage: tatsächliche Protektionsraten von -13 vH für Kakao bis -25 vH für Kautschuk charakterisieren eine moderate Besteuerung der malaysischen Agrarexporteure verglichen mit Werten von -75 bzw. -86 vH für die peruanischen Kaffee- und Baumwollproduzenten. Ebenfalls werden die Reisbauern Malaysias weit stärker subventioniert als die Hersteller von Nahrungsgütern in Peru.

Bei der Ableitung möglicher Reformvorschläge zur Förderung der Landwirtschaft legen die hohen Inzidenzparameter, die für alle drei Länder geschätzt wurden, nahe, verstärkt auf Verzerrungen sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Agrarsektor zu achten. Der größte Reformbedarf ergibt sich aufgrund der negativen Entwicklung landwirtschaftlicher Indikatoren (Tabelle 1) für Peru. Sinkenden Weltmarktanteilen für Kaffee und Baumwolle und einem steigenden Defizit im Agraraußenhandel könnte mit einer Anhebung der Produzentenpreise sowie einer Importliberalisierung im Gewerbe begegnet werden, soweit entsprechende Ressourcen verfügbar sind. Wie die nominalen Protektionsraten des Gewerbes und der Agrarexportprodukte zeigen, besteht für beide Maßnahmen erheblicher Spielraum. Der Nahrungssektor hingegen ist durch die Preispolitik in der Tendenz nicht diskriminiert worden. Daß die Abhängigkeit Perus von Nahrungsmittelimporten dennoch gestiegen ist, ist unter anderem auf die Verbilligung der Importe durch eine überbewertete Währung zurückzuführen.¹⁸ Die Einführung realistischer Wechselkurse käme sowohl den heimischen Produzenten von Nahrungsgütern als auch den Exporteuren zugute.

¹⁸ Durch Devisenkontrollen und andere makroökonomische Maßnahmen verursachte Wechselkursverzerrungen werden im Konzept der tatsächlichen Protektion – anders als bei der Weltbank-Methode – nicht berücksichtigt. Für Länder mit überbewerteten Währungen unterschätzen die tatsächlichen Protektionsraten somit die tatsächliche Besteuerung, wie in Peru, bzw. sie schätzen die tatsächliche Subventionierung des Agrarsektors, wie in Simbabwe, zu hoch ein.

In Malaysia haben eine im internationalen Vergleich geringe Importprotektion sowie die moderate Besteuerung der Agrarexporte nicht verhindert, daß Palmöl, Kautschuk und Kakao steigende Weltmarktanteile erzielt haben.¹⁹ Ebenso hat Malaysia einen hohen Selbstversorgungsgrad für sein Hauptnahrungsmittel – Reis – erreicht, dies allerdings mit Hilfe hoher Subventionen. Möglicherweise könnte eine noch dynamischere Entwicklung des Agrarsektors erreicht werden, indem die Verzerrung der relativen Preise zwischen Reis und den Exportprodukten, die in den achtziger Jahren aufgrund der gestiegenen Protektion der Reiserzeuger weiter zugenommen hat, reduziert würde.

Simbabwe ist – wie Malaysia – Nettoagrarexporteur und hängt nur in geringem Maße von Nahrungsmittelimporten ab. Kritisch wirkt sich für Simbabwe aus, daß für einige Agrarprodukte (z. B. Rindfleisch) hohe garantierte Produzentenpreise und gleichzeitig subventionierte Konsumentenpreise gewährt werden. Dadurch erleiden die für Ankauf und Verteilung der Güter zuständigen Vermarktungsorganisationen hohe Verluste, die aus dem Staatsbudget ausgeglichen werden müssen. Eine stärkere Orientierung an den Weltmarktpreisen sowie eine spezifische Vergabe von Subventionen an die arme Bevölkerung könnte dieses Problem entschärfen. Komplementär dazu müßte auch die Importprotektion reduziert werden, um eine Diskriminierung des Agrarsektors zu vermeiden.

¹⁹ Vgl. Roland Herrmann, Nasarudin Sulaiman, Manfred Wiebelt, „How Non-Agricultural Import Protection Taxes Agricultural Exports: A 'True Protection' Analysis for Peru and Malaysia“. Quarterly Journal of International Agriculture. Vol. 29, Nr. 1, 1990, S. 38–60.